

„Carbon Bubble“Klimalobby attackiert Investoren



Die Klimalobby hat neuerdings Investoren als Ziel ihrer Lobbyarbeit entdeckt. „Carbon Bubble“ heißt die abenteuerliche Theorie, nach der es angeblich eine Investitionsblase in fossile Energieträger geben soll. Die Kampagne fährt zweigleisig: Einerseits versucht man, Aufsichtsbehörden vor angeblichen Spekulationsblasen bei fossilen Rohstoffen zu warnen, und andererseits werden Investoren mit angeblicher Wertlosigkeit von Unternehmen in diesem Sektor verschreckt.

Die Argumentationskette behauptet, wegen des Klimawandels und der Energiewende würden Erdöl, Erdgas und Kohle, die heute noch unter der Erde liegen, nie gebraucht. Deshalb seien sie wertlos. Die Milliarden, die in ihre Entdeckung und Förderung investiert wurden, seien im wesentlichen verpulvert.

Gleich auf den ersten Blick sieht man die Schwachstelle der ganzen Theorie: Sie geht davon aus, dass Öl, Erdgas und Kohle nur zur Energiegewinnung gebraucht würden. Doch knapp ein Drittel von Öl und Kohle werden nicht zur Energiegewinnung verbraucht, bei Erdgas ist der Anteil sogar noch höher. Düngemittel, Medikamente, Kunststoffe und Stahl werden aus Kohle, Erdgas und Erdöl hergestellt. Sie als Energieträger zu bezeichnen ist zwar korrekt, verengt aber den Blick auf nur eine der vielen möglichen Nutzungen.

Um dieses Gegenargument zu entkräften, behaupten die Klimaaktivisten deshalb, dass die Energieaktien erheblich an Wert verlieren werden und daraus eine Gefahr für die Stabilität des Finanzsystems entstehe. Das Argument hat zwar die Fraktion der Grünen überzeugt, aber Tatsache ist, dass nur wenige Banken überhaupt Energietitel halten oder Kredite an den Sektor vergeben haben. Der größte Teil der Finanzierung lief über hochverzinsliche Anleihen, die angesichts des Risikos einer der wenigen Bereiche sind, in dem es heute noch Renditen von acht Prozent und mehr gibt. Die einzigen Banken, denen möglicherweise Abschreibungen bevorstehen, sind einige kleinere texanische Institute, die sich auf das Finanzieren von Fracking in der Eagle Ford Formation spezialisiert haben. Einige der weniger erfahrenen Bohrer dort haben Kosten von 65 bis 70 Dollar pro Barrel und werden nicht mehr lange über Liquidität verfügen. Die Aktien werden von echten Investoren gehalten. Viele Hedgefonds hatten deshalb ein schlechtes Jahr, als der Ölpreis einbrach. Verbleibende Risiken sind viele der Dienstleister, insbesondere geophysische Dienste und tiefseetüchtige Bohrplattformen. Dort reflektieren die Unternehmenswerte und Zinsen noch nicht den niedrigen Ölpreis. Doch auch hier sind es hauptsächlich hochverzinsliche Anleihen und Aktien, die von langfristigen Investoren gehalten werden und kein Risiko für das Bankensystem

darstellen. Ein systemisches Risiko für die Finanzstabilität stellt der Energiesektor auch bei sehr wohlwollender Betrachtung nicht dar.

Aufgrund der Klimakampagne haben einige renommierte Investoren bereits angekündigt, ihre Investitionen in Unternehmen mit fossilen Brennstoffreserven zu reduzieren. So ausgerechnet der norwegische Staatsfonds, der die Einnahmen aus dem Verkauf des norwegischen Erdöls verwalten soll. Das ist der Gipfel der Heuchelei: Man erzielt selbst Einnahmen aus Erdöl und tut so, als wäre das Fondskapital einfach so vom Himmel gefallen. Durch den Investitionsboykott will man gleichzeitig verhindern, dass andere auch Öl fördern. Wenn fossile Brennstoffe wirklich so schlimm sind, wäre es natürlich effektiver, wenn Norwegen die Erdölförderung einfach einstellen würde. Dann sprudelten natürlich keine Einnahmen mehr, was man dem Wähler nicht zumuten kann. Also behilft man sich mit einer kosmetischen Pseudomaßnahme, die man noch dazu als Schlag gegen den verhassten Finanzsektor propagandistisch verpacken kann.

Das Karbongerede hat inzwischen so weite Wellen geschlagen, dass auch MSCI neuerdings Aktienindizes auf der Basis der Kohlenstoffemission pro eine Million investierte Dollar berechnet. Die traditionellen Indizes von MSCI sind bei institutionellen Anlegern wie Rentenkassen oder Lebensversicherungen der Goldstandard zur Messung von Finanzmarktrenditen. Doch man kann bezweifeln, dass mehr als ein paar Waghalsige die neuen karbonfreien Indizes nutzen werden. Das absurde Ergebnis der Berechnungen von MSCI: Besonders gut mit niedrigen Emissionen schneiden die hochentwickelten Industrienationen ab, voran die USA mit 132 Tonnen CO₂ pro investierter Millionen, weil dort Dienstleistungs- und Technologiefirmen die meisten Investitionen anziehen. Entwicklungsländer hingegen, in die in den vergangenen drei Jahrzehnten viele alte Industrien abgewandert sind und wo energieintensive Bergbauunternehmen eine wichtige Rolle spielen, schneiden mit 432 Tonnen pro Millionen besonders schlecht ab. Investiert man also nach Karbonkriterien, muss man den Entwicklungsländern Kapital entziehen und dafür umso stärker in die reichen hochentwickelten Länder investieren. Ob sich die Gutmenschen der Entwicklungslobby wohl für die „Carbon bubble“-Theorie der Klimalobby begeistern werden?

Denn an guten Motiven hat man einiges aufzubieten, wie den Vergleich mit Südafrika, wo der Boykott einst einen Beitrag zum Ende der Apartheidpolitik leistete. Südafrika muss bei jeder Boykottforderung als Alibi dienen, schließlich ist es der einzige Boykott, der je funktionierte. Fidel Castro ist nach einem halben Jahrhundert Boykott immer noch an der Macht, vom Kim-Clan Nordkoreas ganz zu schweigen. Auch Saddam wusste während seiner Amtszeit den Boykott zu nutzen, um sein Regime zu festigen.

Für Investoren wird es langsam schwierig, mit all den Boykotten mitzuhalten. Vor ein paar Jahren bekam ich regelmäßig Anrufe von einer Sudankampagne, die Umfragen machte, ob wir uns aus Unternehmen zurückziehen, die mit dem Sudan Geschäfte machen. Die unausgesprochene Drohung war natürlich, dass wir öffentlich genannt werden könnten, wenn wir nicht auf Linie gingen. Glücklicherweise wurde diese Kampagne durch die Ereignisse überflüssig. In den letzten Jahren haben Kampagnen gegen Konfliktrohstoffe bei der Wertpapieraufsicht Erfolge verbuchen können: In den USA börsennotierte

Unternehmen müssen jetzt dazu regelmäßig Berichte abliefern. Im Hintergrund gibt es auch noch diverse Kampagnen gegen Waffen oder Menschenrechtsverletzungen, die gerne Boykotte oder zumindest zusätzliche Berichtspflichten durchsetzen würden.

Ein Ende der Boykottkampagnen gegen Investitionen je nach politischer Modewelle ist nicht abzusehen. Die Klimalobby hat dank ihrer guten Finanzierung und wohlwollender Berichterstattung durchaus Chancen, einige ihrer Forderungen durchzusetzen und dem Energiesektor Kapital zu entziehen. Da sich die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen dadurch aber nicht ändern wird, kommt nur der Preis als Ausgleichsgröße in Frage. Und das ist genau das, worauf die in Energieaktien verbliebenen Aktionäre hoffen. Kurz: Wenn es für die Klimalobby gut läuft, könnte man als Investor also sogar richtig Kasse machen. So funktionieren nun einmal unbeabsichtigte Nebenwirkungen.

Übernommen von eigentümlich frei [hier](#)